

## PROTOKOLL

AUFGENOMMEN ÜBER DIE MIT UMLAUFBESCHLUSS GEM. § 51 Abs. 6 NÖ GO 1973 STATTGEFUNDENE 5. SITZUNG DES **GEMEINDERATES** DER STADTGEMEINDE BAD VÖSLAU UNTER DER LEITUNG VON BÜRGERMEISTER DI CHRISTOPH PRINZ. DIE EINLADUNGSKURRENDE WURDE AM 20.01.2021 PER E-MAIL ZUGESTELLT. DER EINLADUNG WAREN DIE BESCHLUSSANTRÄGE UND ERFORDERLICHEN SACHVERHALTSUNTERLAGEN IN DER ART BEIGELEGEN, DASS ALLE MITGLIEDER DES GEMEINDERATES AUF DEN LINK:

[https://drive.google.com/drive/folders/1JYw5\\_Isj3sJwd4URkYfxbsSQ9chYiGCX](https://drive.google.com/drive/folders/1JYw5_Isj3sJwd4URkYfxbsSQ9chYiGCX) ZUGREIFEN KONNTEN. ALS ZEITPUNKT FÜR DIE SCHRIFTLICHE ANTWORT (PER MAIL ODER PER POST) UNTER ANGABE DES DATUMS DER ENTSCHEIDUNG AN DEN BÜRGERMEISTER (stadtgemeinde@badvoeslau.at) WURDE DER 28.01.2021 FESTGELEGT.

ES WURDE DARAUF HINGEWIESEN, DASS GEGEN-, ABÄNDERUNGS- UND ZUSATZANTRÄGE IM UMLAUFWEG NICHT MÖGLICH SIND. ALLFÄLLIGE STELLUNGNAHMEN WURDEN IM PROTOKOLL VERMERKT.

Teilgenommen: Herr Vizebürgermeister Gerhard Sevcik, die Mitglieder des Stadtrates DI Thomas Lampl, BSc, Thomas Mehlstaub, DI Harald Oissner, Anita Tretthann, Mag. Thomas Schneider, Dr. Eva Mückstein, Marta Glockner, Karl Lielacher und Wolfgang Reiterer sowie die Mitglieder des Gemeinderates Manuela Cap, Mag. Christina Grasl, Paul Heintaler, Dr. Alexander Majewski, Jörg Redl, Michael Riegler, Lukas Schinner, Sandro Sereinig, Michael Slechta, Doris Sunk, Robert Sunk, Ing. Markus Wertek, MA, Stephan Fortelny, MSc, Bernhard Hein, Andrea Klinger, Sabine Rath, BA MSc, Stefan Zlabinger, Christoph Herzog, Katrin Herzog, Mag. (FH) Peter Lechner, Emma Kerper, Stefan Rabits, Alexander Laimer-Netsch, DI Marcus Mann, Peter Gerstner und Ewald Mayer.

Schriftführer: Herr Stadtamtsdir. Dr. Kurt Wieland

Die Tagesordnung der Sitzung wurde vom Stadtrat in seiner Sitzung am 14.01.2021 zustimmend zur Kenntnis genommen und ist gemäß § 46, Abs. 4 der NÖ Gemeindeordnung seit 14.01.2021 an der Amtstafel öffentlich angeschlagen.

### I. Öffentliche Sitzung

1. Es wurden keine Einwendungen zum Protokoll der 4. ordentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2020 eingebracht, wodurch das Protokoll gemäß § 53 Abs. 5 der NÖ Gemeindeordnung als genehmigt gilt.
2. Herr Bürgermeister DI Christoph Prinz berichtet:
  - a) Am Wochenende 16/17.1.2021 fanden die 2. Massentestungen in der Thermenhalle Bad Vöslau statt.  
Dank der über 60 freiwilligen HelferInnen für den administrativen Bereich, weiteren ca. 40 KameradInnen der 4 Feuerwehren (Stadt Bad Vöslau, Gainfarn, Großau und Sooß) und der ca. 40 MitarbeiterInnen des Roten Kreuzes konnten die Testungen in der an den beiden Tagen zügig durchgeführt werden.

Es gab 7 Teststraßen, die auch der Soosßer Bevölkerung zur Verfügung standen. In den sozialen Netzwerken gab es durchwegs Lob für den reibungslosen und vor allem raschen Ablauf!

Die Zahlen für Bad Vöslau:

Wir hatten in den 2 Tagen 4058 (zum Vergleich im Dez 2020: 4.269) angemeldete Personen, davon waren in unseren 7 Straßen 3654 (zum Vergleich im Dez 2020: 3.879) zur Testung und 10 (zum Vergleich im Dez 2020: keiner) positiv. -bis Samstagabend wurden 1960 (zum Vergleich im Dez 2020: 1889 getestet)

Für Sooß wurden noch mal von den 354 Registrierten 328 getestet (1 pos)-

Mein Dank gilt allen Beteiligten.

- b) Aus den Verbänden darf ich berichten, dass mittlerweile in allen Vollversammlungen der Gemeindeverbände, in denen die Stadt Mitglied ist, die Voranschläge 2021 beschlossen wurden.

### 3. Herr Stadtrat Arch. DI Harald Oissner berichtet:

Im Zuge der Neugestaltung des Zentrums werden bisher vorhandene Stellplätze umzuverteilen sein – insbesondere am Schlossplatz sowie im Bereich der geplanten Begegnungszone nach dem Berner Modell werden Stellplätze entfallen, welche zu ersetzen sein werden. Idealerweise steht ein neues Parkangebot vor Entfall der bestehenden Plätze zu Verfügung.

Ziel ist eine Parkierungsanlage im Süden des Zentrums zu schaffen und eine im Norden (Vöslauer Mineralwasser). Um diese Maßnahme rasch umsetzen zu können, können nur Liegenschaften in Anspruch genommen werden, welche auch im Eigentum der Stadtgemeinde Bad Vöslau stehen. Im Süden des Zentrums stehen hier die Grundstücke Buchar-Parkplatz, Berger-Parkplatz und Edgar-Penzig-Franz-Straße (Schlosspark) zur Verfügung. Auf Grund der durchgeführten Evaluierung ergibt sich der Standort Edgar-Penzig-Franz-Straße am sinnvollsten.

Daher ist die Schaffung eines Parkdecks an der Edgar Penzig Franz-Straße am Eisschützenplatz geplant. Diese Fläche ist bereits versiegelt, weil der Eisschützenplatz insgesamt 965m<sup>2</sup> groß ist. Die geplante bebaute Fläche des zukünftigen Parkdecks beträgt ca. 1.150m<sup>2</sup>.

Das Parkdeck soll folgende wesentliche Punkte aufweisen:

- 2 Geschosse
- Untergeschoss eingetieft
- ca. 100 Stellplätze
- keine mech. Be- und Entlüftung
- Fassadenbegrünung nach ökologischen Richtlinien inkl. 4 Stromtankstellen
- Dachbegrünung
- sparsame Bauhöhe
- Ein- und Ausfahrt an der Edgar Penzig Franz-Str.

Ebenso soll mit diesem Projekt die derzeit vorhandene Zufahrtssituation zum Kinderfreundeheim und Buffet Minigolfplatz gelöst werden, damit zukünftig hierfür nicht mehr der Kinderspielplatz in Anspruch genommen werden muss.

Im Voranschlag 2021 ist für das Projekt ein Betrag von € 1.480.000,00 (brutto) vorgesehen.

Für die Planung wurden folgende Firmen eingeladen und haben diese die Generalplanung zu folgenden Kosten angeboten, alle Kosten inkl. Ust:

KS Ingenieure ZT GmbH, Wien	€ 333.600,00
Pilz & Partner Ziviltechniker GmbH, Wien	€ 117.420,00
DI Franz Götschl, Wien	abgesagt
Goldbeck Rhomberg GmbH, Wien	abgesagt

Ich beantrage die Generalplanung für das Parkdeck an die bestbietende Firma Pilz & Partner Ziviltechniker GmbH zu Kosten von € 117.420,00 inkl. Ust ab zulässiger Widmung zu vergeben. Die Bedeckung erfolgt aus der Ausgleichsrücklage.

Für den Antrag stimmen 22 Mandatare (die 19 Mandatare der LISTE Flammer und die 3 Mandatare der SPÖ).

Gegen den Antrag stimmen 15 Mandatare (die 7 Mandatare der Grünen, die 4 Mandatare der ÖVP, die 2 Mandatare der NEOS und die 2 Mandatare der FPÖ).

Der Antrag ist somit mehrheitlich angenommen.

Folgende Stellungnahmen sind eingelangt:

Gemeinderat Mag. (FH) Peter Lechner (27.1.2021 – 07:40):

Begründung: Wie die ÖVP Bad Vöslau bereits mehrfach aufgezeigt und nachvollziehbar beschrieben hat, gibt es für das benötigte Parkhaus einen wesentlich besseren Standort nämlich: In der Bahnstraße alte Vöslauer Abfüllanlage. Desweiteren kann aufgrund des durchgeführten Umlaufbeschlusses keine Diskussion über diesen äußerst sensiblen Punkt geführt werden, wo wir eine durchaus brauchbare und sinnvolle Alternative aufgezeigt hätten. Diese Alternative bezieht sich auf eine praktikable, kostengünstige, schnelle und sinnvolle Nutzung der bestehenden Asphaltfläche im Schlosspark.

Gemeinderätin Andrea Klinger (27.1.2021 – 09:19):

Parkhaus Planungsauftrag - stimme ich nicht zu (siehe Protokollerklärung der Grünen)

Stadtrat Mag. Thomas Schneider (27.1.2021 – 11:04):

Die Workshopgruppe Zentrumsentwicklung, in der Vertreter aller Fraktionen und des VÖWI mitarbeiten, hat in einer Zoombesprechung im Dezember 2020 mehrheitlich erkannt, dass der einzig umsetzbare Standort für ein Parkdeck die Edgar-Penzig-Franz-Straße neben dem Schlosspark ist. Die Alternativen im Süden scheiden aus sicher belegten Argumenten aus. Das Protokoll dieser Besprechung wurde von der damaligen GRin und heutigen Kultur-StRin Marta Glockner verfasst. Der im Antrag definierte Standort hat deutlich mehr Vor- als Nachteile. Z. B. müssen dann PKW nicht mehr durch den Spielplatz durchfahren, wie derzeit. Außerdem ist eine begrünte Gestaltung und ökologische Nutzung des Gebäudes möglich, weshalb ich von diesem Standort überzeugt bin und deshalb dem Antrag zustimme.

Vizebürgermeister Gerhard Sevcik (27.1.2021 – 12:11):

Als Vizebürgermeister möchte ich die Oppositionsparteien einladen, sich die politischen Spielchen und Zeitverzögerungen zu sparen und gemeinsam mit uns die wichtigen Projekte für unser Bad Vöslau durchzuführen.

Gemeinderat Bernhard Hein (27.1.2021 – 12:52):

Parkhaus Planungsauftrag - stimme ich nicht zu (siehe Protokollerklärung der Grünen)

Gemeinderat Ing. Markus Wertek, MA (27.1.2021 – 13:10):

Parkplätze im Zentrum sind für Anrainer, Kunden und die Wirtschaft extrem wichtig. Langfristig werden wir ein zweites Parkdeck benötigen. Es freut mich, dass mit dem betonierte Platz in der Edgar-Penzig-Franz Straße ein geeigneter Platz gefunden wurde. Hier wird fast keine zusätzliche Grünfläche versiegelt und aufgrund der begrünten Fassade und dem Gründach haben nicht nur die direkten Anrainer eine schönere Aussicht, als auf den Betonplatz, sondern auch unser Klima freut sich.

Stadträtin Dr. Eva Mückstein (27.01.2021 – 13:45):

Parkhaus Planungsauftrag - stimme ich nicht zu (siehe Protokollerklärung der Grünen)

Stadträtin Dr. Eva Mückstein (27.01.2021 – 13:45), Gemeinderat Stefan Zlabinger (27.01.2021 – 17:21) und Gemeinderat Stephan Fortelny, MSc (27.01.2021 – 17:39) für die Grünen:

Wir, die Grünen, verwehren uns gegen eine Gemeinderatssitzung per Umlaufbeschluss und den undemokratischen Führungsstil des Bürgermeisters:

Gemeinderatssitzungen per Umlaufbeschluss wurden vom NÖ Landtag – ohnehin demokratiepolitisch bedenklich – nur für die Corona-Zeit und nur für absolute Notfälle zugelassen. So berichtet z. B. die Tageszeitung der Standard am 21.4.2020 wie problematisch dieses Abstimmungsinstrument ist, da die Öffentlichkeit und Anträge der GemeinderätInnen damit ausgeschlossen sind. Der NÖ Landtag rechnet mit „dem Verantwortungsbewusstsein der Bürgermeister. Heikle Beschlüsse würden ohnehin nicht im Umlauf gefasst.“.

Nicht so in Bad Vöslau: Anstatt gerade in Krisenzeiten die demokratischen Prinzipien hochzuhalten, missbraucht Bürgermeister Prinz die Notfallregelung, um heikle und umstrittene Themen unter Umgehung der Öffentlichkeit und der Opposition durchzupetschen. Gerade politisch exponierte Personen sollten unsere Demokratie und ihre Spielregeln mit höchster Sensibilität schützen und fördern.

Ursprünglich war eine außerordentliche Gemeinderatssitzung am 21.01.2021 für den Beschluss des neuen örtlichen Raumordnungskonzeptes geplant. Das Raumordnungskonzept wurde aber nicht rechtzeitig fertig. Die außerordentliche Sitzung wurde sodann mit anderen Themen – für Bad Vöslau riesengroße und äußerst umstrittene Projekte – gefüllt. Nun wurde diese Gemeinderatssitzung kurzfristig abgesagt. Der Bürgermeister erzwingt stattdessen einen Umlaufbeschluss gegen den Willen der Opposition. Die Opposition wollte eine Verschiebung der Gemeinderatssitzung wegen der hohen Ansteckungsgefahr mit den neuen Covid-Mutationen und weil die Großprojekte mit außergewöhnlich hohen finanziellen Belastungen verbunden und nicht ausreichend vorbereitet sind.

Beim Umlaufbeschluss, der ausschließlich für Notfälle eingerichtet wurde, gibt es nur „Ja“ oder „Nein“. Die GemeinderätInnen können keine Zusatz- oder Gegenanträge stellen, Meinungsäußerungen sind unterbunden, die Öffentlichkeit bleibt ausgeschlossen.

Wir, die Grünen, sprechen uns GEGEN das Parkdeck im denkmalgeschützten Schlosspark zwischen Wohnhäusern und Kinderspielplatz aus.

Folgende Argumente:

Rund 400 Betroffene und Gegner ignoriert

Gegen dieses Projekt haben im Zusammenhang mit dem Entwurf des Raumordnungskonzepts rund 400 Personen unterschrieben. Die Stellungnahmen wurden im Gemeinderat noch nicht behandelt. Wurden sie vom Bürgermeister und vom Baustadtrat schon gelesen? Das Projekt ist verantwortungslos und in einem extremen Ausmaß rücksichtslos gegenüber den Anrainern, die ohnehin schon die Lärm- und Schadstoffbelastung in der Wiener Neustädterstraße aushalten müssen und gegenüber den Kindern, die nebenan auf dem schönen Wasserspielplatz spielen.

Widmung fehlt

Die Liste Flammer wurde von 2.900 BürgerInnen in Bad Vöslau gewählt. Damit fühlt sich die Liste Flammer legitimiert, über alle anderen BürgerInnen einer 13.000 Einwohner-Stadt zu entscheiden, ohne die BürgerInnen anzuhören. Anstatt abzuwarten, ob der Gemeinderat die notwendige Widmung für ein Parkdeck im Schlosspark überhaupt vorsehen wird, soll jetzt schon der Planungsauftrag erteilt werden. Offensichtlich geht die Liste Flammer davon aus, dass sie die Widmung für ein Parkdeck im Schlosspark mit ihrer Mehrheit im Gemeinderat durchziehen wird, unabhängig davon, was Betroffene und BürgerInnen dazu sagen.

Still und heimlich lässt Bürgermeister bereits 2019 Denkmalschutz aufheben

Dass der Bürgermeister schon 2019 für diesen Bereich des Schlossparks beim Bundesdenkmalamt um Aufhebung des Denkmalschutzes für ein Parkdeck angesucht hat, wurde nur durch Zufall bekannt. Über eine so wichtige Entscheidung wurden der Gemeinderat und die Bevölkerung nicht informiert.

Gesamtplanung Zentrum fehlt

Bevor isolierte Einzelmaßnahmen gesetzt werden, ist die detaillierte Gesamtplanung des neuen Zentrums – Änderungen Straßenraum, Parkraum, Freiraum - vorzulegen. Erst daraus sollten die einzelnen Umsetzungsschritte abgeleitet werden.

Parkraumuntersuchung fehlt

Die Liste Flammer kann nicht beantworten, wie viele Parkplätze genau für wen gebraucht werden. Bevor ein Planungsauftrag für das Parkdeck im Schlosspark erteilt wird, wäre eine genaue Parkraumuntersuchung mit Bedarfsanalyse für folgende Bereiche durchzuführen:

Wie viele Parkplätze werden benötigt:

- Für Anrainer/Dauerparker, die keinen Parkplatz haben
- Wegen Wegfall von Parkplätzen durch Umgestaltung Straßenraum
- Weil den Besuchern des Zentrums attraktive Parkmöglichkeiten geboten werden sollen, damit sie zu Fuß ins Zentrum kommen

Alte Abfüllanlage in der Bahnstraße als Alternative nicht geprüft, nicht verhandelt  
Die Liste Flammer kann nicht erklären, warum nicht längst die alte Abfüllanlage in der Bahnstraße mit der Vöslauer Mineralwasser GmbH verhandelt und abgetauscht wurde. Dafür gibt es einen Gemeinderatsbeschluss. Auch andere Alternativen zum Parkdeck im Schlosspark wurden gar nicht geprüft. Es wären sämtliche Alternativen für Stellplätze im Zentrum und an den Zentrumsrändern zu prüfen, zahlenmäßig aufzulisten und den genannten Zielgruppen zuzuordnen.

Auswirkungen auf notwendige Einbahnregelung nicht bedacht  
Es gibt kein Verkehrskonzept für die zusätzliche Verkehrsbelastung in der Edgar-Penzing-Franz-Straße und Wiener Neustädter Straße. Der Verkehrsstadtrat konnte die Frage nicht beantworten, ob mit einem Parkdeck an dieser Stelle Einbahnregelungen rund ums Zentrum noch möglich sein werden. Vor Beauftragung der Planung eines Parkdecks im Schlosspark sollen die verkehrlichen Auswirkungen des Projektes geprüft werden. U. a., ob dadurch eine mögliche Einbahnregelung im Umfeld Bahnstraße, Edgar-Penzing-Franz-Straße verunmöglicht wird.

Vergleichbare Angebote für Planungsleistungen fehlen  
Von vier Anfragen sind nur zwei Angebote eingetroffen, wobei der präferierte Planer die Leistung um nicht weniger als 50 % billiger anbietet als der zweite Bieter. Worauf ist das zurückzuführen? Sind die Leistungen vergleichbar? (333.600 Euro im Vgl. zu 117.420 Euro) – Zwei weitere Vergleichsangebote wären einzuholen, um den gigantischen Preisunterschied einordnen zu können.

Gemeinderätin Katrin Herzog (27.1.2021 – 14:56):  
Ein Parkdeck am vorgesehenen Standort halt ich für unangebracht, wenn man an die Anrainer und das zusätzliche Verkehrsaufkommen denkt. (Schlosspark = Erholungsraum)  
Des Weiteren bin ich den Angeboten gegenüber ziemlich skeptisch. Ein Angebot ist um mehr als die Hälfte billiger als das Andere?????  
Ein Parkdeck in der Bahnstraße - alte Abfüllanlage - würde für mich mehr Sinn ergeben. Evtl. können wir mit unser (ÖVP) Alternative eine bessere Lösung für die Asphaltfläche im Schlosspark finden, die kostengünstiger ist und zeitnaher umgesetzt werden kann.

Stadträtin Marta Glockner (27.1.2021 – 16:25):  
Parkhaus Planungsauftrag - stimme ich nicht zu (siehe Protokollerklärung der Grünen)

Gemeinderat Christoph Herzog (27.1.2021 – 16:56):  
Es gibt einen besseren Platz in der Bahnstraße, alte Vöslauer Abfüllanlage;

Gemeinderat Stefan Zlabinger (27.1.2021 – 17:21):  
Parkhaus Planungsauftrag - stimme ich nicht zu (siehe Protokollerklärung der Grünen)

Gemeinderat Alexander Laimer-Netsch (27.1.2021 – 17:23):  
Das Parkhaus als isoliertes Projekt zu planen, ohne ein Gesamtkonzept für die Verkehrssituation, erachte ich als nicht sinnvoll. Es gibt keine Evaluierung, wie viele Parkplätze tatsächlich benötigt werden. Es gibt keine Informationen über die Nutzung der alten Abfüllanlage, welche der Zentrumsgestaltung zugeführt werden soll. Es gibt noch keine Widmung, ein wirtschaftliches Nutzungskonzept ist uns nicht bekannt. Es sind nur 2 Angebote für die Planung des Parkhauses vorhanden. Da diese preislich weit auseinandergehen, sollten zumindest 2 weitere Angebote eingeholt werden. Es ist nicht

nachzuvollziehen, warum die Planung, vor Evaluierung dieser Punkte, in Auftrag gegeben werden sollen.

Stadtrat DI Thomas Lampl, BSc (27.1.2021 – 17:31):

In einem konstruktiven Prozess wurde im Dezember 2020 der Masterplan für die Zentrumsentwicklung einstimmig beschlossen. Ein wichtiger Teil, damit man überhaupt mit der Zentrumsgestaltung beginnen kann, ist dabei die Verlagerung der Dauerparker in ein Parkdeck. Im Zuge vieler Diskussionen wurde plausibilisiert, dass der Standort Edgar Penzing-Franz-Straße die festgelegten Kriterien im Masterplan für ein Parkdeck im Süden am besten erfüllt und die Alternativen im Süden eindeutig auszuschließen sind. An diesen Diskussionen waren alle Fraktionen im Zuge der regelmäßigen Treffen der Projektgruppe des Masterplans, sowie beim Bauausschuss und Verkehrsausschuss beteiligt. Leider kann diese Diskussionen in einer Anwesenheits-GR-Sitzung nicht weitergeführt werden, da diese auf Wunsch der Opposition nicht physisch sondern per Umlaufbeschluss abgehalten wird.

Gemeinderat Stephan Fortelny, MSc (27.1.2021 – 17:39):

Parkhaus Planungsauftrag - stimme ich nicht zu (siehe Protokollerklärung der Grünen im Anhang)

Gemeinderätin Sabine Rath, BA MSc (27.1.2021 – 19:33):

Parkhaus Planungsauftrag - stimme ich nicht zu (siehe Protokollerklärung der Grünen im Anhang)

Gemeinderat Michael Slechta (27.1.2021 – 22:39):

Ein Zweckbau, wie es ein Parkhaus nun einmal ist, sorgt natürlich für politische Diskussion.

Unbestritten ist, dass es notwendig ist, diese Parkmöglichkeit zu schaffen.

Dazu wurden bereits mehrere Varianten und Standorte, wie z.B. der sogn.

„Bergerparkplatz“, geprüft und in Folge dieser Prüfungen wurde der Standort Edgar Penzing Franz Straße als die Sinnvollste Variante gefunden.

Dieser Standort liegt in optimaler Entfernung einerseits zum Stadtzentrum, andererseits auch zum beliebten Lokal „Bierhof“, in dessen unmittelbarer Umgebung das Angebot an Parkraum zu gering ist.

Weiters wird im Zuge der Herstellung die derzeit sehr unglückliche Lösung der Zufahrt zum Kinderfreundeheim und zum Buffet des Minigolfplatzes (Zulieferverkehr) gelöst.

Die derzeitige Zufahrt erfolgt mitten durch den Kinderspielplatz.

Die Bedenken der Anrainer betreffend der unangenehmen Bauphase müssen ernst genommen werden und die Bauphase muss, ohne Qualitätseinbusen, möglichst kurz sein.

Das Parkhaus selbst muss durch gestalterische Elemente, z.B. mittels begrünter Aussengestaltung, in die Umgebung eingefügt werden.

Es ist davon auszugehen, dass die Zu- und Abfahrt entsprechend den Bestimmungen der StVO erfolgen wird, und dass die in der Nähe befindliche Kreuzungssituation

Wr.Neustädter Straße – Tattendorferstraße – Edgar-Penzing-Franz-Straße nicht negativ beeinflusst wird.

Gemeinderat DI Marcus Mann (28.1.2021 – 13:26):

Zum jetzigen Zeitpunkt liegen für eine Zustimmung nicht genügend Informationen vor. Vorbereitende Maßnahmen, wie eine Erhebung des tatsächlichen Parkraumbedarfs, die Erhebung eines zu erwartenden erhöhten Verkehrsaufkommens und die ausführliche Erarbeitung von Standortalternativen wurden nicht getroffen. Es liegt zum Zeitpunkt der

Abstimmung kein Nutzungs- und Bewirtschaftungskonzept vor. Die mehrmals angedachte und besprochene Umsetzung einer Parkraumbewirtschaftung vor der Planung und Umsetzung des Parkhauses fand nicht statt. Weiters gilt die Situation zur Widmung der betroffenen Baufläche noch nicht als vollständig geklärt. Ich bedanke mich bei Herrn Stadtrat Oissner für seine Bemühungen, die in seinem Zuständigkeitsbereich fallenden Informationen zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Karl Lielacher (28.1.2021 – 14:26):

Zum jetzigen Zeitpunkt liegen für eine Zustimmung nicht genügend Informationen vor. Begründung: der vorgesehene Platz für ein Parkhaus ist meines Erachtens in der Bahnstrasse besser.

Ungeachtet dessen meine ich, dass der bereits jetzt bestehende Asphaltplatz sofort für ca. 50 Autos zur Verfügung stünde (Ein Parkhaus auf der selben Fläche hätte 100 Stellplätze).

Lediglich eine Zufahrt müsste geschaffen werden. Dafür würde nur ein Bruchteil der jetzigen Planungskosten anfallen!

Planungskosten und Bauausführung werden auf mind. 1,2 Mio € geschätzt, das sind für 50 Autos mehr € 24 000,- pro Wagen!!!

Dieses Geld könnte viel besser bei der Zentrumsgestaltung samt "Kümmerer" verwendet werden.

Zu diesem Punkt wurde von den NEOS (27.1.2021 – 17:23) eine Anfrage an den Bürgermeister gemäß § 22 Abs. 1 der NÖ GO 1973 gestellt, die in der nächsten Gemeinderatssitzung behandelt wird.

Die Grünen (27.1.2021 – 19:12) und die ÖVP (1.2.2021 – 7:29) schließen sich dieser Anfrage an.

#### 4. Herr Stadtrat Arch. DI Harald Oissner berichtet:

Auf Grund der immer weiter steigenden Schülerzahlen ist der Ausbau der Volksschule Gainfarn notwendig. Dies betrifft vor allem auch die Räumlichkeiten für die Nachmittagsbetreuung, weil mehr als 75% der Schülerinnen und Schüler dieses Angebot annehmen. Derzeit sind die Räume für eine geeignete Unterbringung der Schülerinnen und Schüler nicht vorhanden. Ebenso ist eine barrierefreie Erschließung aller Ebenen der Volksschule herzustellen.

Im Jahr 2020 wurden auf Basis des Gemeinderatsbeschlusses vom Juni 2020 Projektvorbereitungsarbeiten durchgeführt. Mit der Wettbewerbsbetreuung und weiterführenden Projektsteuerung wurde die Heide Fritz Consulting ZT GmbH (Arch. DI Heide Fritz, MBA) beauftragt.

Das Amt der NÖ Landesregierung hat eine Raumbedarfsfeststellung durchgeführt, welche eine Voraussetzung für die Förderbarkeit des Projekts durch das Land NÖ darstellt.

Betreffend die Generalplanerleistungen wurde ein qualitätssicherndes Verfahren ausgelobt. Als Gewinner wurde das Projekt der EINFACH3 Architekten ZT KG (Architekt DI Klaus Pristounig) vom Beurteilungsgremium einstimmig ausgewählt.

Das Siegerprojekt wurde in Abstimmung mit der Volksschuldirektion bzw. Vertretern des Landes NÖ weiterentwickelt, so dass nun die Beauftragung der Generalplanerleistung erfolgen kann. Die Kosten hierfür betragen € 93.885,75 (netto) bzw. € 112.662,90 (brutto). Der Baubeginn ist für Juli 2021 geplant. Die Fertigstellung bzw. Übergabe soll im August 2022 stattfinden.



Der Finanzbedarf beträgt für das Jahr 2021 und das Jahr 2022 jeweils € 540.000,-- (netto) bzw. € 648.000,-- (brutto). Er ist im Voranschlag 2021 und im Investitionsplan 2022 abgebildet. Die Bedeckung erfolgt über Bedarfszuweisungen und Darlehen. Ebenso werden für dieses Projekt die durch den Bund vorgesehenen Infrastrukturförderungen in Anspruch genommen.

Auf Grund des aktuellen Projektstandes ist davon auszugehen, dass das Bauvorhaben Investitionskosten in der Höhe von € 1,083 Mio. (netto) bzw. € 1,30 Mio. (brutto) auslöst. Der Vorsteuerabzug ist bei diesem Projekt nicht gegeben.

Ich beantrage, der oben dargestellten Vorgehensweise zur Weiterführung des gegenständlichen Projektes zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Folgende Stellungnahme ist eingelangt:

Gemeinderätin Manuela Cap (27.1.2021 – 19:51):

Als Mutter zweier schulpflichtiger Söhne ist mir die zügige Erweiterung der beiden Volksschulen und des Kindergartens ein großes Anliegen. Lieber wäre mir eine persönliche Sitzung in der Thermenhalle gewesen, aber ich respektiere den Wunsch einiger Oppositionsparteien. Zum Glück ermöglicht der in der Wirtschaft übliche und auch schon im Frühjahr 2020 angewandte Vorgang des Umlaufbeschlusses, dass die wichtigen Projekte für die Zukunft unserer Kinder nicht durch Corona auf die lange Bank geschoben werden.

#### 5. Herr Stadtrat Arch. DI Harald Oissner berichtet:

Auf Grund der in den letzten Jahren immer weiter steigenden Zahl an zu betreuenden Kindern ist der Ausbau des Kindergartens Brunnngasse notwendig. Dies betrifft vor allem auch die Räumlichkeiten für die Nachmittagsbetreuung, weil mehr als 75% der Kinder dieses Angebot annehmen. Derzeit sind die Räume für eine geeignete Unterbringung der Kinder nicht vorhanden. Ebenso ist davon auszugehen, dass die derzeit vorhandene Containergruppe nicht weiter vom Amt der NÖ Landesregierung verlängert wird. Ziel ist, den Kindergarten mit vier permanenten Gruppen und geeigneten Räumlichkeiten für die Nachmittagsbetreuung auszustatten.

Im Jahr 2020 wurden auf Basis des Gemeinderatsbeschlusses vom Juni 2020 Projektvorbereitungsarbeiten durchgeführt. Mit der Wettbewerbsbetreuung und weiterführenden Projektsteuerung wurde die Heide Fritz Consulting ZT GmbH (Arch. DI Heide Fritz, MBA) beauftragt.

Das Amt der NÖ Landesregierung hat eine Raumbedarfsfeststellung durchgeführt, welche eine Voraussetzung für die Förderbarkeit des Projekts durch das Land NÖ darstellt.

Betreffend die Generalplanerleistungen wurde ein qualitätssicherndes Verfahren ausgelobt. Als Gewinner wurde das Projekt der EINFACH3 Architekten ZT KG (Architekt DI Klaus Pristounig) vom Beurteilungsgremium einstimmig ausgewählt.

Das Siegerprojekt wurde in Abstimmung mit der Leitung des Kindergartens bzw. Vertretern des Land NÖ weiterentwickelt, so dass nun die Beauftragung der Generalplanerleistung erfolgen kann. Die Kosten hierfür betragen € 78.198,75 (netto) bzw. € 93.838,50 (brutto).

Der Baubeginn ist für Herbst 2021 geplant. Die Fertigstellung bzw. Übergabe soll im Sommer 2022 stattfinden.

Der Finanzbedarf beträgt für das Jahr 2021 und das Jahr 2022 jeweils € 400.000,-- (netto) bzw. € 480.000,-- (brutto). Er ist im Voranschlag 2021 und im Investitionsplan 2022 abgebildet. Die Bedeckung erfolgt über Bedarfszuweisungen und Darlehen. Ebenso werden für dieses Projekt die durch den Bund vorgesehenen Infrastrukturförderungen in Anspruch genommen.

Auf Grund der vorhandenen Unterlagen ist davon auszugehen, dass das Bauvorhaben Investitionskosten in der Höhe von € 0,80 Mio. (netto) bzw. € 0,96 Mio. (brutto) auslöst. Der Vorsteuerabzug ist bei diesem Projekt nicht gegeben.

Ich beantrage, der oben dargestellten Vorgehensweise zur Weiterführung des gegenständlichen Projektes zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

#### 6. Herr Stadtrat Arch. DI Harald Oissner berichtet:

Die Musikschule Bad Vöslau wurde im Jahr 1992 gegründet. Auf Grund der stetig steigenden Schülerzahl wurden bereits nach kurzer Zeit weitere Unterbringungsmöglichkeiten benötigt. Nach dem Ankauf des Schlosses Gainfarn durch die Stadtgemeinde Bad Vöslau, wurde die Musikschule hier untergebracht und fand damit ihr angemessenes „zu Hause“. Die Musikschule Bad Vöslau ist seit ihrer Gründung ein „Erfolgsmodell“. Derzeit nehmen ca. 700 Schülerinnen und Schüler Unterricht in der Schule und es werden ständig mehr. Dies ist vor allem ein großer Verdienst des engagierten Führungs- und Lehrerteams rund um Herrn Direktor Christian Sauer. Diese Umstände sind mit ein Grund, die vorhandenen Räumlichkeiten zu sanieren, umzubauen und zu erweitern. Vor allem der Konzertsaal ist ein großes Anliegen der Leitung der Musikschule.

Im Rahmen eines europaweit ausgeschriebenen Wettbewerbsverfahrens wurde durch eine Expertenjury ein Gewinnerprojekt, welches durch archipel Architekten / Herrn Arch. Mag. arch. Johannes Kraus erarbeitet wurde, ermittelt.

Die Gesamtinvestitionskosten für dieses Projekt betragen € 11,66 Mio. (netto) bzw. € 14,00 Mio. (brutto).

Im Jahr 2020 wurden Projektvorbereitungsarbeiten durchgeführt. Der Kulturabteilung des Landes NÖ wurde eine Kostenschätzung über die förderfähigen, denkmalpflegerischen Maßnahmen übermittelt, um eine Förderung durch das Land NÖ sicherzustellen.

Mit der Projektsteuerung wurde die Heide Fritz Consulting ZT GmbH (Frau Arch. DI Heide Fritz, MBA) beauftragt.

Das Gewinnerprojekt des Herrn Arch. Mag. arch. Johannes Kraus wurde in Abstimmung mit der Leitung der Musikschule und den Vertretern der Stadtgemeinde Bad Vöslau, sowie dem Bundesdenkmalamt weiterentwickelt. Die Verhandlungen mit Herrn Arch. Mag. arch. Johannes Kraus über den Generalplanervertrag befinden sich in der Endphase, so dass nun im nächsten Schritt eine Beauftragung der Generalplanerleistung erfolgen kann.

Der Baubeginn ist für Ende 2021 (z.B. Dacharbeiten) bzw. Anfang 2022 geplant.

Die Fertigstellung bzw. Übergabe soll im Herbst 2023 stattfinden.

Der Finanzbedarf beträgt für das Jahr 2021 € 834.000,-- (netto) bzw. € 1.000.000,-- (brutto). Für das Jahr 2022 sind Kosten von € 5.417.000,--(netto) bzw. € 6.500.000,--, für das Jahr 2023 Kosten von € 5.042.000,--(netto) bzw. € 6.050.000,-- (brutto) vorgesehen.

Die Kosten sind im Voranschlag 2021 und im Investitionsplan 2022 und 2023 abgebildet. Die Bedeckung erfolgt über Darlehen, Bedarfszuweisungen und Haushaltsrücklagen.

Ich beantrage, der oben dargestellten Vorgehensweise zur Weiterführung des gegenständlichen Projektes zuzustimmen und den Generalplanervertrag mit Herrn Arch. Mag. arch. Johannes Kraus zum qualitativ und quantitativ ausverhandelten Bestbieterpreis zu genehmigen.

Hinweis:

*Bei diesem Punkt wurde von manchen Mandataren eine Trennung der Abstimmung gefordert. Gemäß § 51 Abs. 6 NÖ GO 1973 ist eine Abänderung des vorgelegten Antrages nicht möglich, weshalb das Abstimmungsverhalten wie folgt dazustellen ist:*

Für den Antrag stimmen 24 Mandatare (die 19 Mandatare der LISTE Flammer, Herr Stadtrat Karl Lielacher (ÖVP), Frau Gemeinderat Katrin Herzog (ÖVP) und die 3 Mandatare der SPÖ).

Gegen den Antrag stimmen 13 Mandatare (die 7 Mandatare der Grünen, Herr Gemeinderat Christoph Herzog (ÖVP), Herr Gemeinderat Mag. (FH) Peter Lechner (ÖVP), die 2 Mandatare der NEOS und die 2 Mandatare der FPÖ).

Der Antrag ist somit mehrheitlich angenommen.

Folgende Stellungnahmen sind eingelangt:

Gemeinderat Mag. (FH) Peter Lechner (27.1.2021 – 07:40):

Trennung des Projekts auf: Sanierung/Umbau → stimme ich zu; Erweiterung → stimme ich dagegen Begründung: Es wurde kein nachhaltiges, nachvollziehbares und stimmiges Nutzungskonzept vorgelegt. Die geplante Erweiterung kann in keinsten Weise wirtschaftlich und nachhaltig betrieben werden und wäre somit unverantwortlich.

Gemeinderätin Andrea Klinger (27.1.2021 – 09:19):

Der Sanierung stimme ich zu, bei der Erweiterung stimme ich nicht zu. (siehe Protokollerklärung der Grünen)

Gemeinderat Dr. Alexander Majewski (27.1.2021 – 11:34):

Als ehemaliger Kulturstadtrat freue ich mich auf die Sanierung des Schlosses Gainfarn und den dringend notwendigen Zubau samt Konzertsaal. Ich hoffe, dass sich auch die sehr neue Kulturstadträtin Glockner sehr engagiert für das Schloss Gainfarn und den Zubau einsetzt.

Als Mediziner möchte ich auch anmerken, dass es von Bürgermeister Christoph Prinz sehr verantwortungsvoll war die Bedenken der Opposition sowie den Wunsch der Opposition die Sitzung nicht in physischer Form in der Thermenhalle durchzuführen. Das Ansteckungsrisiko wäre aber aufgrund der umsichtigen Konzepte sehr gering gewesen.

Gemeinderat Paul Heintaler (27.1.2021 – 12:08):

Als Gainfarn und Mandatar freut es mich, dass nach langer Diskussion das Projekt Schloss Gainfarn nun endlich verwirklicht wird. Monate- und Jahrelang wurde in diversen Gremien darüber diskutiert, jetzt müssen endlich Entscheidungen getroffen werden. Keines der zur Abstimmung stehenden Projekte verträgt einen weiteren Aufschub.

Gemeinderat Jörg Redl (27.1.2021 – 12:15):

Als Gainfarner vertrete ich die Meinung, dass unbedingt das Schloss Gainfarn einer weiteren Nutzung zugeführt werden muss. Neben der LISTE haben im Wahlkampf auch andere Fraktionen die Sanierung gefordert, somit hoffe ich, dass auch die Vergabe der Planung sowohl für die Generalsanierung als auch für den Zubau inkl. Konzertsaal auf breite Zustimmung stößt.

Gemeinderat Bernhard Hein (27.1.2021 – 12:52):

Der Sanierung stimme ich zu, bei der Erweiterung stimme ich nicht zu. (siehe Protokollerklärung der Grünen)

Stadträtin Dr. Eva Mückstein (27.01.2021 – 13:45):

Der Sanierung stimme ich zu, bei der Erweiterung stimme ich nicht zu. (siehe Protokollerklärung der Grünen)

Stadträtin Dr. Eva Mückstein (27.01.2021 – 13:45), Gemeinderat Stefan Zlabinger (27.01.2021 – 17:21) und Gemeinderat Stephan Fortelny, MSc (27.01.2021 – 17:39) für die Grünen:

Wir, die Grünen, befürworten die Revitalisierung und die Adaptierung des Schlosses Gainfarn für die Musikschule Bad Vöslau.

Also: Sanierung Schloss Gainfarn JA, Zubau und Erweiterung NEIN.

Folgende Argumente:

Schloss Gainfarn muss endlich revitalisiert und für Musikschule adaptiert werden. Darin sind sich alle Fraktionen des Vöslauer Gemeinderates einig. Kostenpunkt 6,2 Mio Euro. Das ist das größte Investitionsprojekt für Bad Vöslau in den letzten 35 Jahren. Das Schloss Gainfarn verfällt zunehmend, ist aber ein geschichtsträchtiges und architektonisch markantes Objekt, umgeben vom denkmalgeschützten Schlosspark. Das Schloss beherbergt zurzeit die sehr stark frequentierte und äußerst erfolgreiche Musikschule Bad Vöslau. Daher ist diese Investition gerechtfertigt. Das Schloss zu erhalten und zu revitalisieren liegt uns sehr am Herzen.

Erweiterung verursacht enorme Kosten und belastet nachfolgende Generationen. Die Erweiterung mit Konzertsaal, Seminarräumen und dazugehöriger Infrastruktur würde aber zusätzlich 7,8 Mio Euro kosten. Dafür müsste die Gemeinde Kredite aufnehmen und Rücklagen auflösen.

Für die insgesamt notwendigen 14 Mio Euro Baukosten würde sich die Gemeinde für 40 Jahre verschulden – Jährlicher Finanzierungsbedarf laut Finanzdirektor künftig 820.000 Euro!

Laut Finanzdirektor hätte die Gemeinde die nächsten 40 Jahre nur für dieses eine Riesenprojekt einen Finanzierungsbedarf von jährlich 820.000 Euro. Dazu kommen die jährlichen Abgänge für ähnliche Objekte wie Kursalon und Thermenhalle. Das ist in wirtschaftlich unsicheren Zeiten, wie sie auch wegen der Corona-Krise zu befürchten sind und auf so lange Dauer eine unverantwortliche Belastung, die noch Generationen nach uns zu tragen hätten.

Kein Nutzungs- und Betriebskonzept – Jährlicher Abgang für Betriebskosten unbekannt

Es gibt kein Nutzungs- und kein Betriebskonzept. Die Liste Flammer weiß noch nicht, ob und wie sie die Räumlichkeiten füllen und beleben kann. Niemand hat eine Vorstellung, was der Betrieb jährlich kosten wird und welche Belastungen damit auf Bad Vöslau zukommen werden.

Das ist insofern höchst befremdlich, als der Betrieb der Musikschule schon bisher einen Abgang von rund 400.000 Euro jährlich verursacht.

Kein Konzept für Parkplätze und zusätzliches Verkehrsaufkommen  
Völlig planlos agiert die Liste Flammer auch hinsichtlich der Parkplätze und Zufahrtsmöglichkeiten für die gewünschten 300 Besucher des Konzertsaaes. Unsere diesbezüglichen Nachfragen haben nichts ergeben. Soll dafür der alte Baumbestand im Park geopfert werden? In Zeiten der Klimakrise wäre auch das wohl nicht zu verantworten

Gemeinderätin Katrin Herzog (27.1.2021 – 14:56):

Aufgrund der momentanen Situation ist es für mich in Ordnung, wenn dieses Projekt geteilt wird --> Sanierung/Umbau: Soll im Auftrag gegeben werden | Zubau: kann aufgeschoben werden

Ich bin mir sicher, das Geld wird in den nächsten Jahren in anderen Bereichen benötigt.

Stadträtin Marta Glockner (27.1.2021 – 16:25):

Der Sanierung stimme ich zu, bei der Erweiterung stimme ich nicht zu. (siehe Protokollerklärung der Grünen)

Gemeinderat Christoph Herzog (27.1.2021 – 16:56):

Trennung des Projekts auf:

Sanierung/Umbau - stimme ich zu

Erweiterung - stimme ich dagegen

Begründung: Es gibt für mich kein nachvollziehbares Nutzungskonzept;

Gemeinderat Stefan Zlabinger (27.1.2021 – 17:21):

Der Sanierung stimme ich zu, bei der Erweiterung stimme ich nicht zu. (siehe Protokollerklärung der Grünen)

Gemeinderat Alexander Laimer-Netsch (27.1.2021 – 17:23):

Die Sanierung und Modernisierung des Bestandes sind seit Jahren überfällig und dagegen gibt es auch keine Einwände. In Coronazeiten, welche uns noch vor große wirtschaftliche Herausforderungen stellen wird, dieses Millionenprojekt mit Mehrkosten von über 7 Millionen Euro zu planen, ist nicht zu verantworten. Es fehlen ein wirtschaftliches Nutzungskonzept, eine Verkehrslösung mit ausreichend Parkplätzen, es gibt keine Erhebung, in welcher Höhe der zukünftige Abgang prognostiziert wird (derzeit ungefähr € 400.000,00) und es gibt keine Informationen, wie hoch die Fördersumme ist. Eine Investition, welche so viele Fragen offen lässt, kann und will ich nicht mitverantworten.

Gemeinderat Stephan Fortelny, MSc (27.1.2021 – 17:39):

Der Sanierung stimme ich zu, bei der Erweiterung stimme ich nicht zu. (siehe Protokollerklärung der Grünen im Anhang)

Gemeinderätin Sabine Rath, BA MSc (27.1.2021 – 19:33):

Der Sanierung stimme ich zu, bei der Erweiterung stimme ich nicht zu. (siehe Protokollerklärung der Grünen im Anhang)

Gemeinderat Michael Slechta (27.1.2021 – 22:39):

Ein Baujuwel wie das Schloss Gainfarn darf nicht dem Verfall preisgegeben werden. Anders als andere historische Burgen und Schlößer, die oftmals leer stehen, beherbergt das Schloß Gainfarn die Musikschule.

Dem entsprechend ist es Wichtig, mit der Sanierung auch über eine Erweiterung nachzudenken.

Wird die Erweiterung der für den Betrieb der Musikschule notwendigen Räumlichkeiten, wie z.B. einen Konzertsaal, nicht gleichzeitig in Angriff genommen, so kann es sein, dass dies im Anschluss an erfolgte Sanierungsarbeiten und der Gestaltung der Umgebung nicht mehr möglich ist. Und die Chance ist für die nachkommenden Generationen vertan. Daher ist es wichtig, das Gesamtprojekt Renovierung, Umbau UND Erweiterung gemeinsam zu planen und umzusetzen.

Gemeinderat DI Marcus Mann (28.1.2021 – 13:26):

Die Sanierung und Modernisierung des Schlosses Gainfarn, ein geschichtlich wertvolles Gebäude, ist ein wichtiger Schritt, der möglichst schnell umgesetzt werden muss. Die Musikschüler und der Lehrkörper benötigen gut sanierte und moderne Räume für den Unterricht. Die Bedeutung der Musikschule für Bad Vöslau steht außer Frage. Für die Zustimmung zur Erweiterung inkl. Konzertsaal fehlt es noch an wichtigen Informationen. Die zu erwartenden Gesamtkosten, neben Planung, Bau und Finanzierung sind nicht vollständig ersichtlich (Stichwort Kostentransparenz). Es fehlt derzeit an einem Nutzungs- und Verwertungskonzept für den täglichen Betrieb.

Die Maßnahmen zur veränderten Verkehrssituation und den benötigten Parkplätzen ist den kurzfristig zur Verfügung gestellten Unterlagen nicht in genügendem Umfang zu entnehmen.

Da eine getrennte Stimmabgabe zu den Punkten dieses TOP leider nicht möglich ist, kann ich derzeit nicht zustimmen.

Stadtrat Karl Lielacher (28.1.2021 – 14:26):

Die Stadt hat einen Wettbewerb für ein Gesamtprojekt durchgeführt und nicht nur für die Renovierung des Altbaues.

Da sowiso mit dem Altbau begonnen werden wird kann man, wenn es die Wirtschaftslage erzwingt, den Zubau immer noch unausgeführt lassen.

Zu diesem Punkt wurde von den Grünen (27.1.2021 – 19:12) eine Anfrage an den Bürgermeister gemäß § 22 Abs. 1 der NÖ GO 1973 gestellt, die in der nächsten Gemeinderatssitzung behandelt wird.

Herr Gemeinderat Alexander Laimer Netsch von den NEOS (28.1.2021 – 7:33) und die ÖVP (1.2.2021 – 7:29) schließen sich dieser Anfrage an.

#### 7. Herr Stadtrat Arch. DI Harald Oissner berichtet:

Auf Grund der immer weiter steigenden Schülerzahlen ist der Ausbau der Volksschule Bad Vöslau notwendig. Dies betrifft vor allem auch die Räumlichkeiten für die Nachmittagsbetreuung, weil mehr als 75% der Schülerinnen und Schüler dieses Angebot annehmen. Derzeit sind die Räume für eine geeignete Unterbringung der Schülerinnen und Schüler nicht vorhanden. Aus diesem Grund wurde von der Stadtgemeinde Bad Vöslau ein Konzept zur Erweiterung der Volksschule bei der Ernst Karl Consulting GmbH in Auftrag gegeben, welches das notwendige Raumprogramm auf Basis der Anforderungen des Amtes der NÖ Landesregierung aus heutiger Sicht abbildet.

Auf Grund der neuerlichen Abstimmung mit dem Amt der NÖ Landesregierung wurde mitgeteilt, dass das geplante Projekt ausschließlich im Zusammenhang mit der Neuerrichtung eines Turnsaales, für den vom Land NÖ bereits ein Fehlbedarf festgestellt wurde, gefördert werden kann. Es ist daher erforderlich, die Kosten für ein Gesamtprojekt mit Turnsaal zu ermitteln.

Für die Weiterführung dieses Vorhabens sind im Jahr 2021 zunächst die notwendigen organisatorischen Leistungen (Projektsteuerung und Planung) auszuschreiben, wobei für die Planungsleistungen ein qualitätssicherndes Verfahren auszuloben ist.

Der Finanzbedarf im Jahr 2021 beträgt € 150.000,-- (netto) bzw. € 180.000,-- (brutto) für die notwendigen Bauvorbereitungsleistungen, welche zunächst beauftragt werden würden. Auf Grund der Unterstützung dieser infrastrukturellen Maßnahmen durch Bund und Land ist hier Dringlichkeit geboten, damit diese Förderung auch entsprechend sichergestellt werden kann.

Derzeit sind im Voranschlag 2021 keine Kosten für das Projekt enthalten. Eine Verarbeitung der Kosten wird in einem Nachtragsvoranschlag erfolgen.

Ich beantrage der oben dargestellten Vorgehensweise zur Weiterführung des gegenständlichen Projektes zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Beilage beim Originalprotokoll